

## Kunst und Kultur

- Auseinandersetzung mit kolonialer Geschichte und heutiger Kolonialität im Kulturbereich fördern
- Kulturprojekte im kolonialen Kontext nur gemeinsam mit Herkunftscommunities entwickeln und umsetzen
- Entscheidungsgremien und Auswahlkommissionen für diasporische, Schwarze, afrikanische und migrantische Akteur\*innen öffnen
- Auseinandersetzung mit Kolonialismus und Dekolonialität weiter fördern

- ▶ Berliner Kultureinrichtungen sollen ihre kolonialen Verstrickungen systematisch aufarbeiten, entsprechende Forschungsprojekte finanziell fördern
- ▶ Einführung verbindlicher Antidiskriminierungsstrategien in allen Kultureinrichtungen, einschließlich der Erhebung von Gleichstellungs- und Diversitätsdaten, dem Auf- und Ausbau unabhängiger Beschwerde- und Beratungsstellen und der Anpassung von Förderbedingungen für diskriminierungsfreien Zugang
- ▶ Erhalt und Ausbau von der Konzeptions- und Beratungsstelle Diversity Arts Culture
- ▶ Ausbau von Fort- und Weiterbildungsangeboten zu Antidiskriminierung, Intersektionalität und Antirassismus für Kulturschaffende, Gremienmitglieder und Entscheidungsträger\*innen, um strukturelle Diskriminierung abzubauen und Diversitätskompetenz zu stärken
- ▶ Transparente, diversitätsorientierte Förder- und Entscheidungsstrukturen, inkl. der Öffnung von Gremien speziell für Schwarze, afrikanische und migrantische Perspektiven
- ▶ Fördersumme für dekoloniale Kulturprojekte aufstocken und langfristig sichern

### Impressum

Koordinierungsstelle Gesamtstädtischer Aufarbeitungsprozess zu Berlins kolonialer Vergangenheit  
Decolonize Berlin  
www.decolonize-berlin.de

Für die Inhalte der Publikationen ist allein die bezuschusste Institution verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe wieder. Diese Veröffentlichung wurde gefördert durch die Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe).

## Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik

- Dekoloniale Perspektiven in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Wirtschaftsförderung stärken
- Neokoloniale Machtstrukturen gegenüber dem Globalen Süden auf allen politischen Ebenen aufbrechen
- Entwicklungspolitik dekolonisieren
- Dekolonisierungsprozesse in allen Städtepartnerschaften auf Landes- und Bezirksebene thematisieren und fördern
- Nachhaltige Vergabepaxis umsetzen

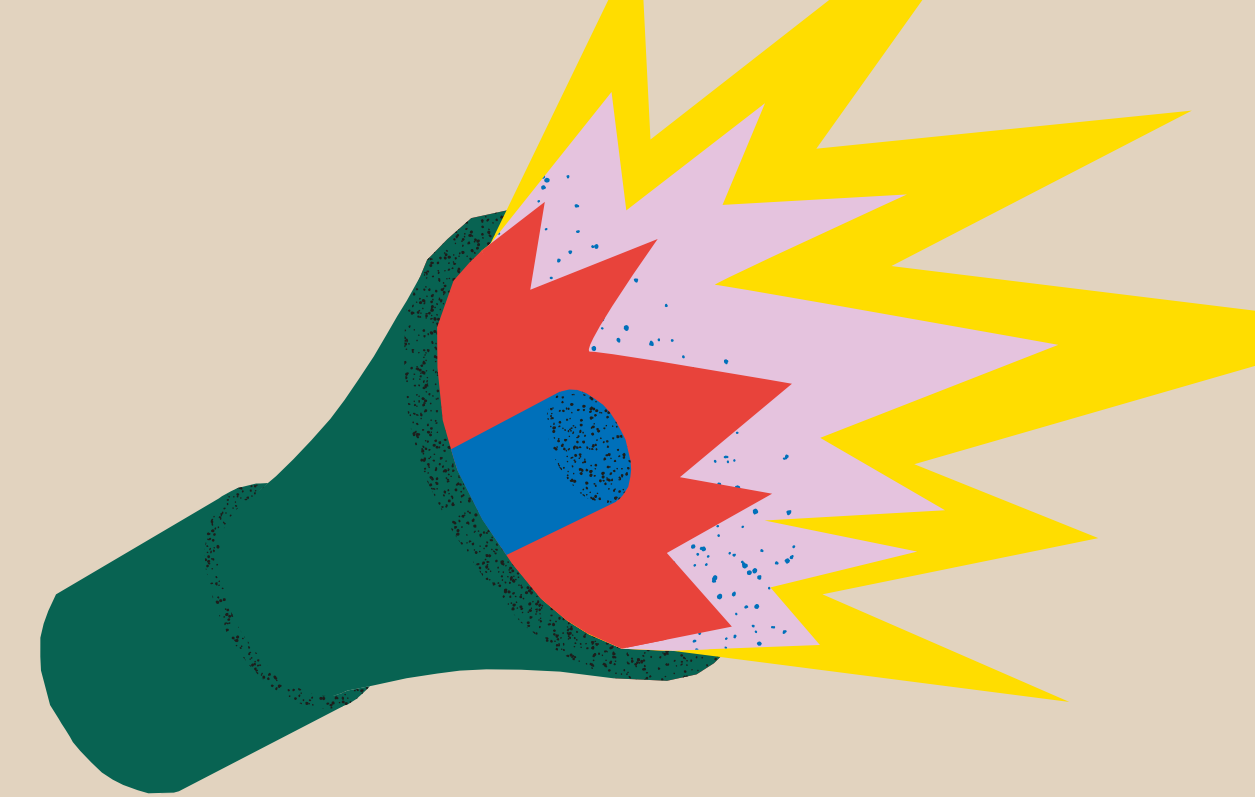
- ▶ Historische und aktuelle Wirtschaftsverflechtungen Berlins kolonialkritisch untersuchen, bspw. auch in der Modeindustrie
- ▶ Entwicklungspolitik gemeinsam mit diasporischen Vereinen kolonialkritisch weiterentwickeln und eine Studie zur Dekolonisierung der EZ beauftragen; Fortbildungen zu kolonialen Kontinuitäten in der internationalen Zusammenarbeit einführen und das Handlungsfeld „Antirassismus & Dekolonisierung“ verbindlich in Leitlinien und Förderpraxis verankern
- ▶ Strukturelle Beteiligung und Entscheidungsmacht migrantischer und Schwarzer Akteur\*innen in relevanten Gremien stärken sowie Drittmittel-Eigenanteile für migrantische und afrodiasporische Organisationen abschaffen
- ▶ Anreizsysteme zur Förderung gemeinwohlorientierter Wirtschaftsmodelle schaffen Umsetzungsplan zum Lieferkettengesetz für landeseigene Betriebe erstellen; Externe Bestandsaufnahme zu neokolonialen Strukturen in relevanten Politikfeldern und Städtenetzwerken beauftragen
- ▶ Städtepartnerschaften evaluieren und kolonialkritische verankern (Bezirks- und Landesebene): Menschenrechte und gleichberechtigte Zusammenarbeit priorisieren
- ▶ Fairen Handel unterstützen und dekolonisieren: Ausführungsvorschriften für faire/ gerechte und sozial verantwortliche Vergabe schnell erarbeiten und bereitstellen

## Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen

- Dekoloniale Transformation insbesondere von staatlichen Wissens- und Bildungseinrichtungen (Universitäten, Volkshochschulen und Bibliotheken) stärken
- Kritische Auseinandersetzung mit kolonialen Kontinuitäten im Wissenschaftssystem führen, die die historische Verstrickung von Hochschulen in den Kolonialismus anerkennt und bestehende Macht- und Wissensstrukturen kritisch überprüft
- Wissen ehemals kolonialisierter Menschen gleichwertig einbeziehen / epistemische Diversität fördern
- Aufbau einer diversen, gerechten und dekolonisierenden Bildungslandschaft, in der Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Perspektiven strukturell verankert und sichtbar sind

- ▶ Finanzielle Förderung der Aufarbeitung der Kolonialgeschichte von Wissenschaftsinstitutionen sowie der kolonialen Verflechtungen wissenschaftlicher Disziplinen
- ▶ Institutionelle, strukturelle und langfristige Verankerung eines Lehr- und Forschungsbereichs für Intersectional Black European Studies (InBEST) als Kooperation von Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Wissenschaftler\*innen mit der TU Berlin
- ▶ Stärkung und Förderung von Demokratisierungsprozessen an den Universitäten (mehr Mitbestimmung aller Statusgruppen)
- ▶ Verfahren zur Anerkennung internationaler Bildungsabschlüsse vereinfachen
- ▶ Strukturelle und flächendeckende Förderung von Schwarzen Bildungsangeboten (z. B. Schwarze Volkshochschule Mitte)
- ▶ Dauerhafte Verankerung rassismuskritischer und dekolonialer Bildungsarbeit in Bibliotheken aller Berliner Bezirke, einschließlich einer systematischen Bestandsanalyse
- ▶ Aufbau und dauerhafte Förderung Schwarzer Wissensarchive zur Sicherung, Sichtbarmachung und Vermittlung Schwarzer Geschichte, Kultur und Wissensproduktion

## Dekoloniale Utopien umsetzen: Handlungsfelder und Maßnahmen für Berlin



Die folgenden Forderungen und Maßnahmen knüpfen an die im Partizipationsprozess 2020/2021 erarbeiteten Grundlagen sowie an die Berliner Senatsvorlage von 2023 (DS19/0954) an. In den vergangenen Jahren wurden sie gemeinsam mit Akteur\*innen aus Zivilgesellschaft und Verwaltung kontinuierlich weiterentwickelt und präzisiert – zuletzt im Rahmen des bundesweiten Vernetzungstreffens im Juli 2025. Sie bilden damit den aktuellen Stand unserer gemeinsamen Arbeit auf dem Weg zu einer konsequent dekolonialen Praxis.

# Allgemeine Forderungen

- Verantwortung für den deutschen Kolonialismus und die deutsche Beteiligung am europäischen Kolonialismus übernehmen
- Reparationen für (neo)koloniales Unrecht an ehemals von Deutschland kolonialisierten Gesellschaften leisten
- Antidiskriminierungsarbeit in allen Senatsverwaltungen verankern
- Verbindliche Maßnahmen für die zweite UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2025-2034) im Land Berlin festlegen, u. a.
- Senatsstrategie zum Abbau von Anti-Schwarzem Rassismus und zur Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft erarbeiten und beschließen
- Diversifizierungsprozesse in den städtischen Institutionen stärker vorantreiben

- ▶ Anerkennung von Kolonialismus als Unrechtssystem durch den Deutschen Bundestag und eine Entschuldigung  
→ Einbringung einer entsprechenden Bundesratsinitiative des Landes Berlin
- ▶ Diversifizierung von Fachkräften in Schlüsselpositionen über Mentoringprogramme und Förderung von rassismuskritischer Organisationsentwicklung für Schulen und außerschulische Bildungsträger
- ▶ Umsetzung eines zentralen Lern- und Erinnerungsortes zum deutschen und europäischen Kolonialismus
- ▶ Ausbau der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS)
- ▶ diskriminierungskritische Verwaltungspraxis stärken, z.B. durch verpflichtende Antidiskriminierungstrainings während der Ausbildung in den Berliner Verwaltungen

# Erinnerungspraxis und Öffentlicher Raum

- Zentraler Lern- und Erinnerungsorte zur deutschen Kolonialgeschichte in Berlin schaffen (bundes- und landesgefördert)
- Bereits bestehende und geplante dezentrale Erinnerungslandschaft zu Kolonialismus in Berlin auf Bezirks- und Landesebene ausbauen und stärken
- Perspektiven ehemals Kolonisierter in der Erinnerungskultur verankern und antikolonialen Widerstand in den ehemaligen Kolonien und in Deutschland sichtbar machen
- Kolonial- und rassismuskritische Auseinandersetzung mit dem öffentlichen Raum stärken

- ▶ Die Umsetzung des gesamtstädtischen Erinnerungskonzept für Berlin Kolonialismus Erinnern unter Federführung zivilgesellschaftlicher Akteure beauftragen und institutionell absichern
- ▶ Zentralen Lern- und Erinnerungsort zur deutschen Kolonialgeschichte gemeinsam mit dem Bund schaffen: Standortprüfung und inhaltliche Konzeption unterstützen und Realisierung ermöglichen
- ▶ Dezentrale Erinnerungslandschaft in den Berliner Bezirken fördern, zum Beispiel durch die finanzielle Unterstützung des Erinnerungsprojekts im Treptower Park
- ▶ Gremium zur kolonialkritischen Auseinandersetzung mit dem öffentlichen Raum einrichten (mit Senat, Bezirken, Zivilgesellschaft und betroffenen Communities): Dekoloniale und antirassistische Interventionen im öffentlichen Raum gezielt fördern
- ▶ Umbenennung von Straßen und Plätzen mit kolonialrassistischen oder kolonialverherrlichenden Bezügen sowie Einrichtung von Infostelen
- ▶ Bestehende zivilgesellschaftliche Initiativen unterstützen und durch eine verstärkte Förderung in ihrer politischen Bildungsarbeit und Erinnerungspraxis stärken

# Restitution und Repatriierung

- Koloniale Kontexte als Unrechtskontexte anerkennen
- Restitution als menschen- und völkerrechtliche Verpflichtung verstehen
- Kolonialismus als europäisches Projekt verstehen und nicht auf ehemalige deutsche Kolonien verengen
- Ahnen/ Ancestral Remains rehumanisieren und aller Ahnen/ancestral remains aus kolonialen Kontexten prioritär rückführen
- Einbeziehung und Stärkung von diasporischen, Schwarzen und afrikanischen Akteur\*innen

- ▶ Berlin setzt sich auf Bundesebene für die Erarbeitung eines Restitutionsgesetzes ein und führt ein Landesgesetz zur Repatriierung von Ancestral Remains aus kolonialen Kontexten in Berliner Einrichtungen wie der Charité ein
- ▶ Einrichtung eines Beratungsgremiums mit mehrheitlich Repatriierungspraktiker\*innen aus Herkunftsgesellschaften mit verbindlichem Mandat und Zuständigkeiten
- ▶ Sicherstellung einer dauerhaften finanziellen Ausstattung für Provenienzforschungsprojekte, die gemeinsam mit Herkunftsgesellschaften durchgeführt werden und der Vorbereitung von Rückgaben dienen
- ▶ Verbot des privaten Handels mit Ahnen/ Ancestral Remains aus kolonialen Kontexten – auch auf EU-Ebene sowie Entwicklung gemeinsamer europäischer Mindeststandards

# Bildung und Pädagogik

- Wissen über Kolonialismus, globale Verflechtungen und koloniale Wirkungen in Lehrplänen und Materialien stärken
- Recht auf rassismus- und diskriminierungsfreie Bildung umsetzen
- Antidiskriminierungsrichtlinien sowie der UN-Behinderten- und Kinderrechtskonventionen im Berliner Bildungssystem umsetzen
- Schulbesuchsrecht aller Kinder – unabhängig vom Aufenthaltsstatus umsetzen (keine "Lagerschulen")
- Unabhängige Antidiskriminierungsstrukturen im Berliner Bildungsbereich stärken
- Eine Akademie für Diversitätsbildung am BLIQ gründen

- ▶ In der universitären und praktischen Lehramtsausbildung dekoloniale Pädagogik verankern und verbindliche Antirassismus-Module und kontinuierliche Reflexionsprozesse für alle angehenden Lehrkräfte etablieren
- ▶ „Dekoloniale Kompetenz“ als übergreifendes Thema im Rahmenlehrplan ergänzen;  
Koloniale Verflechtungen in allen Fächern (z.B. Naturwissenschaften, Ethik) bearbeiten;  
Betroffenen- und zivilgesellschaftliche Perspektiven in Rahmenlehrplan-Überarbeitung einbeziehen;  
Deutsche Kolonialgeschichte im Geschichtsunterricht verpflichtend unterrichten
- ▶ Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle für diskriminierende und rassistische Vorfälle gemäß den BeNeDiSK-Empfehlungen
- ▶ Verbindliche Verfahren zum Umgang mit Diskriminierung in Schulen in einer Verwaltungsvorschrift festschreiben – inklusive klarer Unterstützungsstrukturen für Schulleitungen
- ▶ Fördermittel für Forschung zu Rassismus in Schulbüchern bereitstellen und Pilotstudie zu Rassismus in Berliner Schulbüchern erstellen
- ▶ Berliner Bildungsprogramm diskriminierungssensibel überarbeiten bzw. bereits bei der letzten Überarbeitung eingereichte Kommentare berücksichtigen